



K u r z b e r i c h t

*über die 83. Sitzung des **Wirtschaftsausschusses***

*am Mittwoch, dem 4. Februar 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 10:00 Uhr

Einleitend ließen sich die Ausschussmitglieder über die **aktuelle Situation und die künftigen Entwicklungsperspektiven des Flughafens Lübeck-Blankensee** durch den Bürgermeister der Hansestadt Lübeck sowie durch den Geschäftsführer des Airports informieren. - Dem schloss sich eine Unterrichtung durch den Geschäftsführer der TASH über **aktuelle Entwicklungen in der Marketingarbeit der Tourismusagentur** an.

Den Antrag der Fraktion der FDP betr. **Investitions paket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung**, Drucksache 16/2342, empfahl der Ausschuss mit der Stimme der antragstellenden Fraktion dem Plenum des Landtags einstimmig zur Erledigungserklärung.

Sodann nahm der Ausschuss ein Schreiben des MWV unter Bezugnahme auf die Drucksache 16/2336 (Wettbewerb bei Schienenverkehrsleistung erhalten) mit Angaben zum **Netz Nord**, Umdruck 16/3884, unbeschadet des zu einem späteren Zeitpunkt vorzulegenden Berichts an den Landtag, als Sachstandszwischenunterrichtung zur Kenntnis.

Der Tagesordnungspunkt **Tempo 30 an drei Straßen in Kronshagen** war sodann Gegenstand der Stellungnahme durch das MWV mit Hinweisen auf die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde und den hier einschlägigen § 45 der Straßenverkehrsordnung.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Ökostrombeschaffung der Landesliegenschaften**, Drucksache 16/2138, wurde vom federführenden Finanzausschuss zunächst eine Auswertung der hierzu von ihm durchgeführten schriftlichen Anhörung in Form einer synoptischen Darstellung erbeten.

Auf der Grundlage des Umdrucks 16/3888 (neu) und auch nach einer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgegebenen Notiz zu Protokoll verabschiedete der Ausschuss einstimmig im Wege der Selbstbefassung nachstehende Beschlussempfehlung an den Landtag mit der Bitte um

Annahme:

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO

Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 45. Tagung einen schriftlichen Bericht über das Konzept zur zukünftigen Energieversorgung und für den Klimaschutz des Landes Schleswig-Holstein (Energiepolitische Leitlinien für Schleswig-Holstein) vorzulegen.

Diese energiepolitischen Leitlinien sollen auf dem Diskussionsstand der Ausführungen und Zielsetzungen des Grünbuchs „Schleswig-Holstein Energie 2020“ aufbauen. Die Schwerpunkte der Darstellung dieser energiepolitischen Leitlinien und damit die konkretisierte Umsetzung des Grünbuchs „Schleswig-Holstein Energie 2020“ sollten in den Bereichen liegen:

- Energieeffizienzsteigerung,
- Energieeinsparung,
- Ausbau erneuerbarer Energien,
- Netzsicherheit und –kompatibilität der Energieträger,
- Stand der Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetzen,
- Umweltverträglichkeit,
- soziale Kriterien für die Strompreisgestaltung,
- Stand und weitere Nutzung fossiler Energieträger sowie Atomenergie; Planung und Bau neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein inklusive des Forschungsstandes zur CO₂-Abscheidung in Deutschland.

Der Antrag der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Trennung von Stromerzeugung und Leitungsnetz**, Drucksache 16/986 (neu), wurde dem Landtag gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von CDU und SPD zur Ablehnung empfohlen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Abschied vom Kohlestrom**, sprach der Ausschuss vorbehaltlich des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag der Fraktion der FDP zu **Energiepolitischen Leitlinien für Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2147, wurde gegen die Stimme der FDP mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - vorbehaltlich der Voten des beteiligten Sozialausschusses und des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses - dem Landtag zur Ablehnung vorgeschlagen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Strompreisstruktur ökologisch und sozial ausgestalten**, Drucksache 16/2164, wurde - ebenfalls vorbehaltlich der Voten des beteiligten Sozialausschusses und des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses - gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Zum Antrag **Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken**, Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2351, schlug der Ausschuss dem Landtag gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP vor - auch dies wiederum vorbehaltlich des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses -, den Antrag abzulehnen.

Zu den **Beschlüssen der 22. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, Umdruck 16/3733, stellte der Ausschuss den Fraktionen mögliche Initiativen anheim.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** erbat die Vertreterin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom MWV einen schriftlichen Bericht über den Sachstand bezüglich der Durchbindung des AKN-Schienenverkehrs von Eidelstedt zum Hamburger Hauptbahnhof (auch Kosten, Fahrgastzahlen). - Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/3899, zur Beratung ihres eigenständigen Antrags „Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten“, Umdruck 16/2940, am 18. Februar den Landrat des Kreises Nordfriesland und den Präsidenten des Bundesverbandes Windenergie für mündliche Stellungnahmen einzuladen, wurde gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der Stimme der FDP abgelehnt. - Die für den 4. und 5. März 2009 geplante Informationsreise nach Berlin verschoben die Ausschussmitglieder wegen der vom BMVBS inzwischen mitgeteilten Terminabsage auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl.

Schluss: 12:25 Uhr

gez. Neil